

# Vizekanzler v. Payer über die Ostfragen.

## Die Erörterungen im Hauptauschuß.

Im weiteren Verlaufe der gestrigen Beratungen des Hauptauschusses des Reichstages über die östlichen Fragen erklärte

**Vizekanzler v. Payer:** Unsere Debatten haben einen solchen Umfang und einen so hochpolitischen Charakter angenommen, daß es gewiß zu bedauern ist, daß der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes abwesend ist. Das ist nun einmal nicht zu ändern. Der Friedensschluß mit Rumänien und die Fragen, die mit dem Frieden zusammenhängen oder anlässlich des Friedens zum Austrag gebracht werden, haben eine solche Bedeutung, daß der Staatssekretär v. Kihlmann wie der leitende österreichische Staatsmann bei diesen Beratungen nicht entbehrt werden können. Uebrigens konnte niemand voraussehen, daß wir hier in solche Debatten hineingeraten würden.

Im Mittelpunkt der Beratungen hat das Verlangen gestanden, daß unsere gesamte Ostpolitik einheitlich geregelt werden müßte. Aus diesem Gedanken heraus wurde auch der Rücktritt des Kommissars für die Ostgebiete bedauert, da er als eine Art Repräsentant dieses Einheitsgedankens anzusehen gewesen ist. Das ist irrig. Mit Polen hatte dieser Kommissar überhaupt nie etwas zu tun. Im übrigen hat sich herausgestellt, daß eine eigene Stelle nicht bloß in persönlicher Kommissar des Reichskanzlers geschaffen werden muß, um die Randstaaten in geordnete Regierungs- und Verwaltungszustände überzuführen. Zunächst war die Wilsch, entweder einen neuen Staatssekretär oder eine Stelle von ähnlicher staatsrechtlicher Bedeutung für diese Aufgabe zu schaffen. Bei näherer Betrachtung hat sich aber herausgestellt, daß gegen die Schaffung einer weiteren Reichsstelle erhebliche Bedenken bestanden. Deshalb soll eine Stelle errichtet werden, die an eine bestehende Reichsstelle angegliedert oder ihr eingegliedert wird. Graf Kanferling, der bisherige Kommissar für die Ostgebiete, glaubte, daß diese neue Stelle nicht der Bedeutung seiner bisherigen Stellung entsprechen würde, und ist deshalb zurückgetreten. Die Beratungen über die neue Organisation werden in der nächsten Zeit vollständig abgeschlossen werden können, und dann wird man auch an die praktischen Arbeiten mit mehr Klarheit und Bestimmtheit herantreten können.

In dem Wunsche einer einheitlichen Ostpolitik besteht volle Uebereinstimmung zwischen der Regierung und den Mitgliedern dieses Ausschusses. Das Ziel unserer Politik gegenüber den Randvölkern, die sich durch den Zusammenbruch Rußlands aus dem Verbände dieses Reiches losgelöst und sich auf eigene Füße gestellt haben, ist:

mit ihnen in Zukunft in Frieden und Freundschaft zu leben. Uns und ihnen wird es recht gut bekommen, wenn wir uns politisch, wirtschaftlich, kulturell und so weit es möglich ist, auch militärisch nähern. Es liegt nicht nur im Interesse dieser Randstaaten, sondern auch in unserem eigenen Interesse, wenn wir die kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse in diesen Staaten heben. Namentlich hoffen wir Vorteile bezüglich der Sicherstellung unserer Ernährung und dessen, was man unter dem allgemeinen Namen Kolonisation zusammenfassen kann. Der Anschluß dieser Staaten soll und muß uns eine militärische Sicherung unserer Grenzen Rußland gegenüber verschaffen, auf die wir nicht verzichten können.

Niemand kann die Entwicklung in Rußland voraussehen, niemand kann wissen, ob wir nicht später einmal wieder in kriegerische Verwickelungen mit Rußland hineingezogen werden.

Daneben spielt aber auch eine nationale Sympathie mit den Deutschen in jenen Gebieten mit, die um ihre Deutschheit seit Jahren einen schweren Kampf geführt und es sich erhalten haben. Das gilt namentlich für die baltische Bevölkerung. Auch ein gewisses menschliches Empfinden hat in unsere Politik mit hineingewirkt, jenen Völkern gegenüber, die auch noch nach ihrer Lösung von Rußland in die allgemeine Not und Unruhe mit hineingezogen worden sind.

Auch über den Weg, den eine einheitliche Ostpolitik einzuschlagen hat, besteht zwischen dem Reichstag und uns Uebereinstimmung. Es ist der Weg der Verständigung mit diesen Staaten, nicht der Weg der Vergewaltigung. Die Dinge in den einzelnen Staaten liegen aber so verschieden, daß es unmöglich ist, alle gleichmäßig zu behandeln. Man muß die Verschiedenheiten der Verhältnisse berücksichtigen. Durch eine schablonenhafte Behandlung würde man zu falschen Resultaten kommen. Vergleichen Sie beispielsweise die Verhältnisse von Polen mit denen in Estland und Livland. Polen ist schon ein anerkannter großer Staat. Die Politik ihm gegenüber muß ganz anders sein wie gegenüber den anderen beiden Staaten. Ueber Polen können Deutschland und Polen nicht allein entscheiden, da hat auch Oesterreich-Ungarn mitzureden. Ähnlich liegt es bei der Ukraine. Hier ist auf den benachbarten Staat Oesterreich-Ungarn die größte Rücksicht zu nehmen. Die Behandlung muß auch verschieden sein, nach der Größe der Staaten, nach ihrer wirtschaftlichen und politischen Bedeutung und ihrer geographischen Lage, ob eine direkte Verbindung mit ihnen möglich ist. Die historische Entwicklung jedes einzelnen Staates ist zu berücksichtigen, auch die Frage, wie weit schon eine Regierung vorhanden ist. Daraus ergibt sich, daß für jedes dieser Völker notgedrungen eine eigene Politik betrieben werden muß.

### Finland.

Zunächst **Finland.** Man hat uns vorgeworfen, wir hätten dort eingegriffen, getragen von dem Bestreben, in der halben Welt den Schutzmann und Ordnungshüter zu spielen. Die wirklichen Gründe liegen viel näher. Wir stehen heute noch in einem großen Weltkriege, der die allergrößten Anforderungen an unsere Bevölkerung und unser Militär stellt. Da können wir unmöglich irgendwelche Soldaten verwenden. Wenn trotzdem die Oberste Heeresleitung in Uebereinstimmung mit der Reichsleitung sich in dem Augenblicke zu einem Einschreiten in Finland veranlaßt gesehen hat, als die Vorbereitungen zu der großen Westoffensive dem Abschlusse nahelamen, so muß man daraus den Schluß ziehen, daß hierfür nur wichtige, militärische und politische Anforderungen maßgebend gewesen sein können.

Wir freuen uns, durch unser Einschreiten Finland seine Unabhängigkeit und Freiheit gesichert zu haben, aber der eigentliche Grundgedanke unseres Einschreitens ist gewesen, im Nor-

den in militärischer wie in politischer Hinsicht einen endgültigen Friedenszustand zu schaffen.

Das war bis dahin leider nicht der Fall, denn trotz der Anerkennung der unabhängigen finnischen Regierung haben die russischen revolutionär-anarchistischen Soldaten- und Matrosen-Komitees in Finland ihr Unwesen getrieben. Von Rußland aus wurden, ob mit oder ohne Willen der russischen Regierung, nachhingestellt Bleiben, Waffen, Munition und Mannschaften nach Finland zur Unterstützung der russischen Heereskräfte geschickt. Der finnische Landtag und der finnische Senat haben sich, um dem Unwesen ein Ende zu bereiten, wiederholt an die russische Regierung gewandt und haben um die Zurückziehung der russischen Truppen aus dem unabhängigen Finland oder wenigstens um das Aufheben der Gewalttätigkeiten dieser Truppen gebeten. Das hat nichts geholfen. Schließlich hat sogar der Vorsitzende des russischen Rayon-Komitees der Regierung Finnlands den Krieg erklärt. Diese Kriegserklärung, mag sie nun mit oder ohne Wissen und Willen der Petersburger Machthaber erfolgt sein, stand keineswegs bloß auf dem Papier. Woher kämen denn sonst die Geschütze, die Maschinengewehre, die Panzerzüge und Panzerautomobile und die ungeheuren Mengen von Waffen und Munition, die von unseren Truppen in Finland erbeutet worden sind? Seit der verfassungswidrigen Aufhebung des finnischen Wehrpflichtgesetzes von 1878 durch Rußland im Jahre 1901 verfügt ja Finland selbst über keine einzige militärische Waffe mehr. Sie stammen von jenen russischen Matrosen und Soldaten, die sich mit den finnischen Anarchisten zu einem Schredensregiment verbündet hatten und jetzt zu Tausenden in die Hände unserer Truppen gefallen sind.

So ist längst erst wieder nach den Berichten unseres Gesandten in Finland in Rautus der ganze Stab des 42. russischen Armeekorps, 20 Offiziere, gefangen genommen. Das beweist, daß es sich nicht um eine Einmischung in innere finnische Angelegenheiten handelt, sondern um einen Kampf Rußlands mit Hilfe der finnischen Anarchisten, Finland seiner Freiheit zu berauben. Das ist sogar von sozialistischer Seite ausdrücklich anerkannt worden. Ich verweise auf das „Hamburger Echo“ vom 17. April d. J., in dem ausdrücklich bestätigt wird, daß alle Berichte aus Finland den Schluß zulassen, ich zitiere wörtlich, „daß dieser Bürgerkrieg in der Hauptsache doch ein Krieg der Russen gegen die Finnen war“. „Die weiße Garde“, so sagt das „Hamburger Echo“, „ist das eigentliche finnische Volksgesicht, zum Teil aus Bauern und Pächtern bestehend, von denen viele sozialdemokratisch gestimmt sind. In der roten Garde dagegen hatten sich hauptsächlich die aus dem russischen Heere entlassenen Soldaten zusammengefunden, denen öfter noch aus Petersburg Verstärkungen geschickt wurden.“

Wir sind von der rechtmäßigen finnischen Regierung um unseren Einmarsch gebeten worden. Diese Regierung ist von dem im November 1917 gewählten Landtag mit 100 gegen 80 Stimmen eingesetzt worden, und dieser Landtag ist gewählt nach dem freiesten Wahlrecht der Welt. Diese Regierung ist von Schweden, Norwegen, Frankreich, von Spanien und von uns anerkannt worden, selbst in England befindet sich ein Vertreter dieser Regierung.

Mit unserem Einmarsch wollten wir uns in die inneren politischen Verhältnisse Finnlands nicht einmischen, und ebenso wenig haben wir das Bedürfnis, dies jetzt zu tun. Die sich die zukünftige Entwicklung gestaltet, ist eine rein finnische Angelegenheit. Wir haben durch unser Eingreifen nur die politische und militärische Sicherheit und den Frieden an der Ostsee erlangen wollen und freuen uns, festgestellt zu können, daß uns dies bis zu einem gewissen Grade, und zwar ziemlich weitgehend gelungen ist. Wir haben mit Finland Verträge abgeschlossen, die dem beiderseitigen wohlverstandenen Interesse entsprechen und die dazu beitragen werden, die zwischen Deutschland und Finland derzeit schon lebhaften Beziehungen wirtschaftlicher und politischer Art zu kräftigen. Durch die Befreiung Finnlands glauben wir auch Schweden einen sehr erheblichen Dienst durch die Schaffung eines Schutzwalles nach Osten geleistet zu haben. Das Ziel unserer Ostpolitik wird auch fernerhin der Ausbau unserer freundschaftlichen Beziehungen zum finnischen und schwedischen Volke bleiben. Nach unseren bisherigen Erfolgen werden wir erfreulicherweise die finnländische Expedition bald als im wesentlichen abgeschlossen betrachten können.

### Estland und Livland.

Bezüglich Estlands und Livlands kann ich mich im wesentlichen auf die Erklärung des Vizekanzlers beziehen, die er im Großen Hauptquartier namens des Kaisers der estländischen und livländischen Deputation abgegeben hat. Zunächst müssen beide Länder ihre Beziehungen zu Rußland klären, wobei wir sie gern unterstützen werden. Dann müssen sie meiner Auffassung nach Regierung und Volksvertretung auf eine breitere Basis stellen.

Das ist aber eine interne Angelegenheit dieser beiden Staaten, in die wir uns nicht einmengen werden. Bei dieser Gelegenheit möchte ich dem Irrtum entgegenstellen, als hätten wir den rechtmäßigen estnischen Landtag gesprengt. Dieser alte estnische Landtag muß keine große innere Autorität gehabt haben, denn er ist überhaupt nur einen einzigen Tag aktiv gewesen und war nicht mehr im Amt zu der Zeit, wo wir das Land betreten hatten. Man kann in diese oerworrenen Verhältnisse nicht mit einem Federstrich Ordnung bringen, sondern dazu ist viel Arbeit, viel Mühe, viel Kopfzerbrechen und ein immerhin nicht unerheblicher Zeitaufwand erforderlich.

Auch in Litauen müssen wir dasselbe Ziel wie in den anderen Ländern verfolgen. Die Litauer müssen sich eine eigene Verwaltung und eine eigene Regierung schaffen. Wir können sie hierbei unterstützen mit dem einen Vorbehalt, daß diese Selbständigkeit sich innerhalb des Rahmens der mit der deutschen Regierung getroffenen oder noch zu treffenden Abmachungen hält. Der Aufbau der Verwaltung dieses Landes kann nur im Einverständnis zwischen der deutschen Zivilverwaltung und der deutschen Militärmacht erfolgen, so wie die Dinge zurzeit liegen. Wir müssen aber die Männer ausfinden, die dieser schweren Aufgabe gewachsen sind, und diese Leute müssen in Organisationen des Reiches eingeschaltet werden, oder wir müssen neue Organisationen hierfür schaffen. Alles das erfordert aber Zeit, zumal ja noch viele andere Aufgaben an die deutsche Militär- und Zivilverwaltung herantreten; in der Hauptsache sind die Vorarbeiten aber beendet.

## Die Vorgänge in der Ukraine.

Nun noch zur Ukraine. Ich bedauere, daß wir unsere Verhandlungen nicht erst in der nächsten Woche halten können, da wohl dann unbestrittene Nachrichten vorgelegen hätten, wodurch uns vornehmlich viel Mühe und Kampf erspart geblieben wäre. Wir müssen auf den Wichtigkeit unserer Informationen bestehen, Sie aber weisen, was mit Ihren Gedankenengängen nicht überinstimmt oder von Ihren Nachrichten abweicht, mit einer Handbewegung oder einem Kraftwort zurück. Damit bildet man keine geeignete Grundlage für die Besprechung. Man muß erst warten, bis tatsächliches Material vorliegt. Welche Aufregung entstand zunächst über den Feldbestellungsbefehl des Generals von Eichhorn, als er zunächst in falschem Wortlaut bekannt wurde, und wer wird heute noch ernstlich bestreiten, daß irgendeine Einwirkung auf die Regierung und die Bevölkerung im Sinne des Erlasses unbedingt notwendig war, um zu erreichen, daß wir das uns vertragsmäßig zugesicherte Getreide bekämen! Im übrigen habe ich mich gewundert, daß man bezüglich der Durchführung der Maßnahmen in der Ukraine dem Vertrauensmann des Reichstags, dem General Groener gegenüber nicht das frühere Vertrauen bekundet hat. Er ist doch der Mann, der auf einen solchen Posten gesetzt werden muß, vermöge seiner Fähigkeit einzugehen und mit der Bevölkerung zu verkehren und zu verhandeln. Was geschehen ist, mußte notwendigerweise erfolgen, um die Vereinbarungen, die wir mit der Ukraine getroffen hatten, auch wirklich durchzuführen. Oesterreich-Ungarn und Deutschland gehen in der Ukraine einig.

Daß in einzelnen Fällen gewisse Meinungsverschiedenheiten bestehen werden, läßt sich nicht vermeiden. Es ist aber bereits als falsch erwiesen, daß wir bei den Getreidelieferungen zu kurz gekommen sind. Eine nachträgliche Prüfung hat ergeben, daß diese Behauptung auf einem Irrtum beruht. Wir sind damit vollkommen einverstanden, daß wir uns in die inneren Verhältnisse der Ukraine nicht einmischen sollen. Das findet aber selbstverständlich seine Grenze einmal in dem Zwecke des Einmarsches in die Ukraine, der Herstellung der Ordnung, und dann in der Rücksicht auf unsere Truppen. Bezüglich der Getreidelieferungen kann ich mich nur dem anschließen, was der Abgeordnete Stresemann gestern gesagt hat. Für uns ist die Frage, ob die Getreidelieferungen ordnungsmäßig und vertragsmäßig zur Ausführung kommen, praktisch viel wichtiger als die Frage, wer legitimer Herrscher in der Ukraine ist oder welche Lösung schließlich die Grundbesitzfrage in der Ukraine finden wird.

Was den Regierungswechsel in der Ukraine anbelangt, so steht noch keineswegs fest, ob er etwa als ein Unglück zu betrachten ist. Bedenken Sie doch die Verhältnisse der Ukraine in den letzten Wochen; welche jämmerliche politische und wirtschaftliche Zustände und welche Unsicherheit dort herrschte. Die Regierung war gegenüber diesen schreienden Missethänden taten- und hilflos, und das ist schließlich auch bei ihrer Zusammenlegung aus zum Teil jungen und unerfahrenen Leuten kein Wunder. Vielmehr müßte man sich eigentlich darüber wundern, daß das Volk diese Zustände überhaupt so lange ertragen hat.

Wie die Verhältnisse in der Ukraine liegen, ist eine militärische Verwaltung dort gar nicht zu entbehren. Ich erinnere nur an die Kämpfe, die gegenwärtig noch in der Ukraine mit den Truppen in Nachbarländern ausgefochten werden. Wir dürfen uns aber nicht jetzt in einen Kompetenzstreit zwischen der Militärverwaltung und der Zivilverwaltung in der Ukraine verziehen. Es sind zu viele praktische Aufgaben, die dort noch der Lösung harren, und da freue ich mich feststellen zu können, daß zwischen unserem politischen Vertreter in der Ukraine und dem Feldmarschall v. Eichhorn und seinem Generalstabschef General Groener ein durchaus gutes Einvernehmen und Zusammenleben besteht, und daß dieses Einvernehmen und Zusammenleben den übereinstimmenden Willen der Reichsregierung und der Obersten Heeresleitung entspricht. Wir wissen nicht, ob uns noch weitere Ueberwachungen in der Ukraine bevorstehen. Dann ist ein rascher Entschluß und ein richtiges Eingreifen nur möglich, wenn die beteiligten Instanzen an Ort und Stelle sich verständigen können.

Zum Schluß wende ich mich noch kurz zu der Frage der Teilung der Gewalten zwischen der Obersten Heeresleitung und der Reichsleitung. Wenn es nach den temperamentvollen Ausführungen des Abg. Scheidemann ginge, dann hätten wir schon alle unsere Demission geben müssen. Ich glaube, das wäre auch für den Abg. Scheidemann und seine Freunde nicht gerade die erfreulichste Lösung gewesen. Wir haben uns aber einfach auf den Boden unseres Pflichtgefühls und unseres Verantwortungsgefühls gestellt. Nur dieser Gedanke ist für uns auch immer ausschlaggebend gewesen, wenn es sich um das Zusammenarbeiten zwischen uns und der Obersten Heeresleitung handelt. Ich kann nur sagen, daß, seit ich im Amt bin, noch nie ein Mensch den Versuch gemacht hat, uns in der Betätigung dieses Pflicht- und Verantwortungsgefühls irgend welche Schwierigkeiten zu machen. Ich glaube, Sie können es uns getrost selbst überlassen, die Zuständigkeit der Reichsleitung zu wahren.

## Die Fortsetzung der Debatte.

Vor dem Vizekanzler v. Payer kam bei Erörterung der Ostfragen

Unterstaatssekretär Freiherr v. d. Busche

auf die vom Freiherrn von Camp gestellte Frage zurück, ob für den russischen Vertreter in Berlin Joffe ein Allerhöchstes Agrement erteilt worden sei. Das sei nicht der Fall. Herr Joffe sei lediglich mit einer Urkunde angelangt, durch die er bei der deutschen Regierung als bevollmächtigter Vertreter (Wohlfahrter) der russischen Republik eingeführt wird.

Abg. Graf Westarp (Kons.) Führt die Frage der Regierungsform in der Ukraine kommt es nur darauf an, wie weit das deutsche Interesse davon berührt wird. Wenn wir uns in die inneren Verhältnisse der Ukraine nicht einmischen sollen, dürfte Generalfeldmarschall von Eichhorn auch den Bauernkongress in Now nicht verbieten. Die Bauern hatten offenbar den Wunsch, aus dem Zustand der Gefolgschaft herauszukommen. Wenn der Selman beschließen sollte mit Großrußland zusammenzugehen, so mag es für uns unerfreulich sein, aber es besteht für uns kein Grund, dem entgegenzutreten. Aber die Forderung der Nichteinmischung in die dortigen Verhältnisse kann nicht für alle Fälle und unter allen Umständen aufrechten. Zurzeit ist es ganz unmöglich, die Randstaaten ganz sich selbst zu überlassen, sollen sie nicht der Willkür und der Ausbeutung anheim-